

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Dr. Anke Frieling, Stephan Gamm, Silke Seif,
Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

Betr.: Umweltgutachten für den Schulcampus Lohsepark beauftragen

Der Schulcampus Lohsepark war in der Vergangenheit bereits mehrfach Gegenstand parlamentarischer Beratungen und wurde zuletzt am 17. Februar, am 10. Mai und am 10. August 2020 in der Kommission für Stadtentwicklung beraten. Mit der Teilung des ursprünglichen Bebauungsplans in HafenCity 10 (Am Lohsepark) und HafenCity 17 (Schulcampus) ergibt sich jetzt die Möglichkeit, das für den Schulcampus vorgesehene Grundstück noch einmal genauer zu untersuchen und damit die Bedenken und Kritik von Anwohnern und Experten ernst zu nehmen.

2012 hat der Senat beschlossen, dass mit dem Schulcampus Lohsepark endlich zwei weiterführende Schulen in den Stadtteil HafenCity einziehen sollen – eine Stadteilschule und ein Gymnasium unter einem Dach. Reserviert ist seitdem eine der unattraktivsten Flächen des gesamten HafenCity-Areals direkt an Hamburgs Hauptbahnlinie, auf der neben dem Schulcampus zunächst auch Wohnbebauung vorgesehen war, sowie an der Versmannstraße, die als eine der Hauptverkehrswege in die City geplant wurde. Von der Wohnbebauung ist inzwischen Abstand genommen worden. Aber auch der Schulstandort ist aufgrund der Umweltbelastungen sowie nicht ausreichendem Platz für ebenerdige Schulhöfe sehr umstritten und erfordert eine sehr gründliche und differenzierte Planung, die den an dieser Stelle besonders hohen Anforderungen an Schallschutz und Schutz vor elektromagnetischen Feldern und Luftschadstoffen Rechnung trägt. Unter anderem sollte beim Elektrosmog der hamburg-eigene Vorsorgewert von 0,2 Mikrottesla und beim Schallschutz der von der WHO empfohlene Wert von 55 dB(A) auf den Schulhöfen eingehalten werden.

Die Umweltgutachten für den Schulstandort im Rahmen des Bebauungsplans haben eine bedingte Eignung mit Auflagen ergeben. Allerdings gehen die Lärm- und Luftschadstoffgutachten noch von einer Entlastung des Standortes durch die Großmarktbrücke aus. Ohne diese Brücke würden sich die Zahl der Kraftfahrzeuge um 10 bis 30 Prozent im Vergleich zum B-Plan-Entwurf erhöhen und damit gleichzeitig die gesetzlichen Grenzwerte für Stickoxide direkt an der Schule deutlich überschritten werden. Die vor Kurzem angekündigte Umplanung des Südlichen Überseequartiers mit mehr Entertainment könnte noch zu zusätzlichem Kfz-Verkehr führen.

Aufgrund der bestehenden Umwelt- und Standortproblematik sowie der möglichen Nichtrealisierung der Großmarktbrücke muss der rot-grüne Senat umgehend ein neues Umweltgutachten beauftragen, um das Verkehrsaufkommen (Kfz/Werktag), Belastung durch Stickstoffoxide (NOx) und Feinstaub, Lärmbelastung (Straßen- und Schienenverkehrslärm) und die künftige elektromagnetische Strahlung realistisch und den prognostizierten Gegebenheiten entsprechend zu untersuchen. Auf Grundlage der Ergebnisse dieses Gutachtens sollte seitens des Senates der Standort für die Schule noch einmal grundsätzlich geprüft werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. ein neues Umweltgutachten für den Schulcampus Hafencity am Lohsepark zu beauftragen, das Prognosen für das Jahr 2030 erstellt;
2. und in diesem Gutachten explizit folgende Aspekte zu untersuchen:
 - a. Verkehrsaufkommen auf der Versmannstraße (Kfz/Werktag) mit und ohne Großmarktbrücke,
 - b. Belastung durch Stickstoffoxide (NOx) und Feinstaub am und auf dem Schulgelände,
 - c. Lärmbelastung für Schulgebäude und schulische Freiflächen (aus Kfz- und Schienenverkehrslärm),
 - d. elektromagnetische Strahlung auf dem Baufeld des Schulcampus;
3. zu prüfen, ob auf Grundlage der Ergebnisse des Gutachtens weiterhin an einer Realisierung der Schule an dem Standort festgehalten werden und welche Maßnahmen zur Minderung der Umweltbelastungen es geben soll;
4. im Falle einer negativen Entscheidung unter 3. alternative Standorte für die dringend benötigte Schule in der Hafencity auszuweisen;
5. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten.